

LTWP-3-707

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Katharina Binz (KV Mainz)

Verfahrensvorschlag: Übernahme

Titel: **LTWP-3-707: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Von Zeile 706 bis 711 löschen:

Der konsequente Schutz von Frauen vor Gewalt erfordert eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, ~~aber auch der Frauenunterstützungseinrichtungen. Nach wie vor besteht das Problem, dass stabilisierte Frauen das Frauenhaus nicht verlassen können, weil sie keine Wohnung finden.~~ Beim Ausbau der Frauenhäuser haben wir große Fortschritte gemacht und insbesondere mit der Einrichtung von Second-Stage-Wohnungen dafür

Von Zeile 713 bis 719:

Übergangsmöglichkeit auf dem Weg zurück in die Eigenständigkeit zur Verfügung steht. Den Ausbau ~~sowohl~~ und die Stärkung der Frauenhäuser ~~als auch der~~ und Second-Stage-Wohnungen, der Frauennotrufe und der Interventionsstellen werden wir fortführen und die Istanbul-Konvention in Rheinland-Pfalz vollständig umsetzen. Das

Gewalthilfegesetz der Ampelregierung sichert betroffenen Frauen ab dem 1. Januar 2032 bundesweit einen individuellen Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung zu. Wir GRÜNE setzen uns uneingeschränkt für eine konsequente **Implementierung****Umsetzung** des Gewalthilfegesetzes ein. Dabei berücksichtigen wir die Bedarfe besonders vulnerable Gruppen wie

Von Zeile 725 bis 726 einfügen:

verankern. So können wir besonders Frauen und Kinder wirksamer vor häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt schützen.

Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für weitere rechtliche Verbesserungen im Schutz vor Übergriffen und Gewalt ein, wie beispielweise Ddas Unterstrafestellen von Catcalling.

Unterstützer*innen

Julia Thiekötter (KV Kaiserslautern), Carmen Rau (KV Ahrweiler)